

KANN DER NIEDERGANG EUROPAS AUFGEHALTEN WERDEN?

Betrachtet man die geopolitische Entwicklung der letzten Jahre, so muss man leider feststellen, dass Europa, vertreten durch die EU, stark an Einfluss verloren hat. Die USA unter Donald Trump wollen die Führungsrolle in der Welt behalten und lassen die Europäer klar wissen, dass ihnen dabei nur mehr eine dienende Rolle zukommt. Bei den Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine haben die europäischen Regierungschefs gerade eine Zuschauer Rolle; über den amerikanisch- israelischen Angriff auf den Iran im März 2026 wurden sie nicht einmal informiert.

Schon 2024 hat der langjährige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, in einem Bericht festgestellt, dass Europa wirtschaftlich und technologisch gegenüber den USA und China stark an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Ohne tiefgreifende Reformen droht eine langfristige wirtschaftliche Stagnation. Es bräuchte jährlich Zusatzinvestitionen von mehreren € 100 Milliarden, die es leider nicht gibt. Tatsächlich wächst das BIP Chinas von 2019-2030 um 57 %, dass der EU nur um 16 %. Um Russland zu schaden, haben sich die Europäer von den günstigen russischen Öl- und Gas- Importen weitgehend zurückgezogen, mit dem Ergebnis, dass deutsche Konzerne ihre Produktion nach China verlagert haben, um dort von der günstigen russischen Energie zu profitieren.

Zum Ukrainekrieg hat der amerikanische Präsident wiederholt festgestellt, dass die Ukraine sehr wohl Schuld daran haben, dass dieser ausgebrochen ist. Und der amerikanische Außenminister Marco Rubio hat den Konflikt überhaupt einen „Stellvertreter-Krieg“ genannt. Die EU hingegen hat der Ukraine seit 2022 bereits eine Unterstützung in der Höhe von € 193 Milliarden gewährt und ist entschlossen, weiter Geld nach Kiew zu schicken, „as long as it takes“.

Zweifellos hat die Europäische Union ihren Bürgern einiges gebracht: man profitiert vom Wegfall der Zollkontrollen und der Wartezeiten. Österreich hat seine Exporte in die anderen EU- Mitgliedstaaten in den vergangenen 30 Jahren vervierfacht- von € 33 Milliarden im Jahre 1995 auf € 137 Milliarden im Jahre 2023. Es wurde ein Binnenmarkt geschaffen, der das Ziel hat, Freizügigkeit für Menschen und Waren zu erleichtern; und die Schengen- Erweiterung wollte zunächst alle Grenzen abschaffen. Dennoch stellt sich die Frage, warum Europa an Stellenwert in der Welt verloren hat? Wohl deshalb, weil einige grundlegende Fragen nicht gelöst sind.

Nun verkünden viele Medien, die EU sollte massiv aufrüsten, um in der Welt wieder etwas zu gelten. „Wir müssen unsere Volkswirtschaften auf Kriegswirtschaft umstellen“, hört man. Der französische Generalstabschef Fabien Mandon hat sogar verlangt, wir müssen dazu bereit sein, dass unsere Kinder an der Front sterben. Meines Erachtens ist diese Kriegstreiberreihe ein Wahnsinn und absolut nicht zielführend, wenn es darum geht, den Stellenwert Europas in der Welt zu verbessern. Das ist so, als hätte das antike Griechenland einen besseren Platz in der Geschichte, wenn es gegen das imperiale Rom oder gegen das Reich der Parther aufgerüstet hätte.

Was die EU hingegen tun muss, ist, grundlegende Fragen ihre Existenz zu lösen:

- Welche Union wird angestrebt? Ein Bundesstaat oder ein Staatenbund?
- Wie sollen die transatlantischen Beziehungen gestaltet werden?
- Europa mit oder ohne Russland?

*In dem 1957 beschlossenen Vertrag von Rom wurde festgelegt, eine „immer engere Union“ in Europa anzustreben. Jean Monnet und seine Anhänger strebten eine supranationale Gemeinschaft an, in der die Rolle der Nationalstaaten stark eingeschränkt würde. Der damalige französische Staatspräsident de Gaulle wollte ein „Europa der Vaterländer“, also einen Zusammenschluss der Nationalstaaten. Bis heute ist dieser Streit nicht gelöst, noch ärger: Beide Seiten agieren zunehmend so, als würde es die andere nicht geben. Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen gebärdet sich als „Präsidentin der Vereinigten Staaten von Europa“. Andere, etwa die radikalen rechten und radikalen linken Parteien, wollen die Kompetenzen von Brüssel stark zurückdrängen. Eine Lösung ist nicht leicht. In den USA wurde wegen dieser Frage ein blutiger Bürgerkrieg geführt.

Die derzeitige Situation ist so, dass wir in einer Periode der „geteilten Souveränität“ leben: Nationale Souveränität wurde aufgegeben, es wurde aber keine europäische Souveränität geschaffen. Wir haben nationale Währungen aufgegeben, es gibt mit dem Euro eine europäische Währungsunion. Aber es gibt keine europäische Wirtschaftsunion, die eine Voraussetzung für eine funktionierende gemeinsame Währung sein müsste. Wir haben nationale Grenzkontrollen aufgegeben, aber die „Beschlüsse von Dublin“, welche die Grundlage einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik sein sollten, haben sich in Krisenzeiten als obsolet erwiesen. Man spricht von einer Gemeinsamen außen- und Sicherheitspolitik (GASP), aber gerade die großen Länder der EU waren nicht bereit eine eigene Außenpolitik zur Durchsetzung ihrer Interessen aufzugeben. Jetzt benützen Spitzen der EU den Krieg in der Ukraine, um einen europaweiten militärischen Führungsanspruch zu erreichen. Aber dieses Verhalten ist durch die Verträge in keiner Weise gedeckt.

Aber auch die Befürworter einer „europäischen Souveränität“ sind in ihrer Haltung lange nicht konsequent. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron etwa hat in einer Grundsatzrede an der Sorbonne am 26. September 2017 davon gesprochen, dass wir mehr „europäische Souveränität“ brauchen und wurde dafür gefeiert. Gleichzeitig verlangte er aber auch in Bereichen wie Verteidigung, Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, bei Klima und Energie, mehr französische Souveränität. Bei der „europäischen Souveränität“ geht es also oft mehr um Wunschdenken als um Wirklichkeit. Und obwohl die Agrarpolitik seit den Gründungsverträgen eine europäische Angelegenheit sein sollte, heißt das französische Landwirtschaftsministerium offiziell immer noch „Ministère de l'Agriculture et de la Souveraineté nationale“. Vielleicht wäre ein gesamteuropäischer Konvent in der Lage, in dieser existenziellen Frage mehr Klarheit zu schaffen.

*Wie steht es um das transatlantische Verhältnis? Dieses war nie so ideal, wie es „Transatlantiker“ manchmal darstellen. Andererseits hat Donald Trump Unrecht, wenn er sagt, die Integration Europas hätte sich von Beginn an gegen die Vereinigten Staaten gerichtet.

Grundsätzlich haben die USA die europäische Einigung von Beginn an dort unterstützt, wo sie geglaubt haben, ein Vereintes Europa würde sich in einer atlantischen Partnerschaft ein- bzw. unterordnen. Das war schon der Fall, als sich Washingtons nach dem Zweiten

Weltkrieg im Rahmen der OEEC (Organisation für europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit) dafür einsetzte, den Marshall-Plan zu koordinieren, den Handel und den Zahlungsverkehr auf dem alten Kontinent zu erleichtern, um damit eine künftige Freihandelszone zu fördern.

Viele sahen in einer Akzeptanz des amerikanischen Führungsanspruchs keine Nachteile, jedenfalls keinen Widerspruch zu konkreten Vorteilen für europäische Länder. Von Jean Monnet wird jedenfalls gesagt, dass er für Ratschläge seitens der amerikanischen Politik sehr offenbar. Etwas anders sah ein anderer großer Europäer, Jacques Delors, das transatlantische Verhältnis, als er einmal feststellte: „wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der USA im Vertrauen darauf, dass sich die Amerikaner nicht in europäische Angelegenheiten einmischen“. Aber so einfach ist es offensichtlich nicht.

Immer wieder gab es starke Kräfte, die einen amerikanischen Führungsanspruch in Europa bejahten, insbesondere bei Sicherheitsfragen. Aber es gab auch immer wieder andere Bestrebungen. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle etwa war 1963 bemüht, mit dem Elysée- Vertrag die französischen Vorstellungen von einem Vereinten Europa mit Unterstützung Deutschlands durchzusetzen. Aber der Deutsche Bundestag bestand letztlich darauf, in der Präambel zum Vertrag auf die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für die Bundesrepublik hinzuweisen.

Henry Kissinger, Sicherheitsberater und Außenminister unter Präsident Richard Nixon, befürchtete, dass die Einigung Westeuropas die Führungsrolle Amerikas schwächen könnte. Er bevorzugte die bilateralen Beziehungen mit einzelnen europäischen Staaten und sprach von Europa als „Frankenstein- Monster“. Es galt, dieses Ungetüm auf Dauer zu bändigen. Im Kontext des Kalten Krieges wurde die sicherheitspolitische Integration der westlichen Länder befürwortet, da sie auch die Abhängigkeit Europas von den USA verstärkte. Die europäische Integration wurde also nur dann von Nixon und Kissinger toleriert, wenn sie die amerikanische Hegemonie im transatlantischen Bündnis stärkte, nicht aber, wenn Sie diese zu verwässern oder gar zu unterminieren drohte (Klaus Larres).

Wenn also Donald Trump die Europäische Union eher kritisch sieht, dann ist dies keine grundsätzlich neue Haltung einer amerikanischen Regierung. Der derzeitige amerikanische Präsident hat zweifellos seinen eigenen Stil und seine eigene Art, sich auszudrücken. Die europäische Führung verhält sich derzeit zwischen Unterwürfigkeit und Trotz: dabei sollte man sich überlegen, wie eine Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen grundsätzlich möglich ist, wie sich ein selbstbewusstes Europa unter amerikanischer Führung entfalten kann.

*Eine weitere entscheidende Frage: Kann Russland unser Partner sein? De Gaulle jedenfalls hat ein Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ angestrebt. Schon vor dem Krieg in der Ukraine gab es kein anderes Land, gegen das die Vereinigten Staaten so viele Sanktionen verhängt hatten wie gegen Russland. Dabei wollte Donald Trump in seiner ersten Amtsperiode die bilateralen Beziehungen sogar verbessern. Scharfmacher in den USA erhoben den Vorwurf, „Putin“ habe sich in dem Präsidentschaftswahlkampf 2016 eingemischt und die Wahl von Hillary Clinton verhindert. Neokonservative in Washington proklamierten offen einen „Regime change“ in Moskau; auch amerikanische Botschafter in Moskau wie Michael McFaul waren auf dieser Linie. Offensichtlich bedachte man nicht, dass das politische System Russlands seit Jahrhunderten eigenen Regeln folgt. Wie dies plötzlich geändert werden soll, bleibt ein Geheimnis derer, die diese Politik betrieben haben. Russland lässt sich nicht ein- und unterordnen wie andere früher kommunistische Länder. Russland ist nicht Albanien.

Als Frankreich und Deutschland die ersten Schritte zur europäischen Integration setzten, waren sie bereit, Souveränität aufzugeben, um Frieden zu schaffen. Die früheren kommunistischen Länder Osteuropas, Polen und Balten, gewannen durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Souveränität, da ihre nationale Identität während der kommunistischen Herrschaft weitgehend ausgelöscht wurde. Diese neue Souveränität wollten sie dazu nutzen, um mit neuer Kraft gegen Russland aufzutreten. Angesichts dessen, was im Laufe der Geschichte geschehen ist, ist diese Haltung verständlich. Aber die Sicherheit in Europa ist ohne Russland schwer möglich. Russland ist ein Teil unseres Kontinents, die Geographie lässt sich nicht verändern. Bisher hat man nicht den Eindruck, dass die Europäer aus der Auseinandersetzung mit Russland gestärkt hervorgegangen sind. Nachdem die USA wieder entdeckt haben, dass man mit Moskau gute Geschäfte machen kann, sollten sich die Spitzen der EU zumindest überlegen, ob nicht auch seitens Europas eine realistische Haltung angebracht wäre. Wunschdenken ist keine gute Grundlage für eine erfolgreiche Politik.

Angesichts all dieser Entwicklungen wird es nicht leicht sein, den Niedergang Europas aufzuhalten. Aber der Versuch sollte zumindest unternommen werden.

() Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor
www.wendelinettmayer.at*